

## STELLUNGNAHME DES DEUTSCHEN FRAUENRATS

### ZUM GESETZENTWURF VON CDU/CSU UND SPD FÜR EIN 26. GESETZ ZUR ÄNDERUNG DES BUNDESWAHLGESETZES (DRUCKSACHE 19/22504)

Berlin, 2.10.2020

Nach der Wahl zum 19. Deutschen Bundestag sank der Frauenanteil unter den Abgeordneten von 37,3 Prozent auf 30,7 Prozent. Mehr als 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist das beschämend. Bis heute waren und sind in noch jedem deutschen Parlament Männer in der Mehrheit – und zwar flächendeckend. Diese fortdauernde, strukturelle Benachteiligung von Frauen in der Politik muss endlich überwunden werden. Sowohl unser Grundgesetz (Art. 3, Abs. 3, S. 2) als auch internationale Übereinkommen wie die Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen (CEDAW) verlangen bestehende Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen.

Die Corona-Krise zeigt uns erneut: Es sind vorwiegend Männer, die richtungsweisende Entscheidungen treffen. Die Krisenbewältigung sowie Fortschritte zu wichtigen Zukunftsthemen, wie der digitalen Transformation, dem Klimaschutz oder der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden aber nur gelingen und demokratisch entschieden, wenn Frauen gleichberechtigt mitgestalten und so ihre Perspektiven einbringen können.

Leider liegt bisher weder ein zwischen den Koalitionsfraktionen abgestimmter noch von den Oppositionsfraktionen vorgelegter Vorschlag vor, der eine paritätische Vertretung von Frauen und Männern schon bei der nächsten Bundestagswahl sicherstellt. Wir bedauern sehr, dass diese historische Chance nicht genutzt wurde.

Als größte Frauenlobby Deutschlands fordert der DF, Parität im Wahlrecht für Listen- und Direktmandate zu verankern, er unterstützt ausdrücklich alle Bemühungen für Parität im Bundestag und fordert alle Fraktionen auf, dazu zügig Vorschläge vorzulegen.

Sowohl die Anträge von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, die die Erarbeitung von konkreten Vorschlägen in dieser Wahlperiode beinhalten, als auch die Aufnahme von Parität in den Arbeitsauftrag der von CDU/CSU und SPD vorgeschlagenen Reformkommission können Parität im Deutschen Bundestag voranbringen. Es wäre erfreulich, wenn es im parlamentarischen Verfahren gelinge, beides miteinander zu verbinden und das Thema Parität noch in dieser Wahlperiode zu bearbeiten. Denn Modelle für Parität auf Bundesebene liegen auf dem Tisch. [Auch der DF macht hierfür Vorschläge.](#)

Gerne bietet der DF seine Mitwirkung in der Reformkommission an. Da der DF Frauen aus Berufs-, sozial-, gesellschafts- und frauenrechtspolitischen Verbänden, aus Parteien, aus Gewerkschaften, aus den Kirchen, aus dem ländlichen Raum, aus Sport, Kultur, Medien und Wirtschaft vertritt, ist es aus unserer Sicht unverzichtbar, diese Breite an Interessen einzubringen.

In vielen Mitgliedsstaaten der EU werden Paritätsregelungen bereits erfolgreich angewandt, z.B. in Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal, Irland, Polen und Slowenien. Der DF würde sich wünschen, dass diesen guten Beispielen gefolgt und für den Deutschen Bundestag ein Paritätsgesetz geschaffen wird.